



Pressemitteilung

Nummer 7 vom 3. September 2024

Seite 1 von 2

Olof-Palme-Straße 35
60439 Frankfurt am Main

Tel. +49 69 25616-1607

Fax +49 69 25616-1429

presse@deutsche-finanzagentur.de

www.deutsche-finanzagentur.de

Bund reduziert Beteiligung an der Commerzbank

- Ziel der Stabilisierung wurde erreicht
- Commerzbank arbeitet seit 2021 wieder profitabel
- Bund beschließt ersten Schritt zum Verkauf seiner Beteiligung

Der Bund beabsichtigt, seine Beteiligung an der Commerzbank AG (Commerzbank) zu verringern. Der Verkauf des betreffenden Aktienpakets wird transparent, diskriminierungsfrei und marktschonend erfolgen.

„Der Einstieg des Bundes bei der Commerzbank in den Jahren 2008 und 2009 war wichtig, um inmitten der Bankenkrise die Finanzmarktstabilität zu schützen. Die Commerzbank ist wieder ein stabiles und ertragsstarkes Institut. Daher ist es geboten, dass sich der Bund von den Anteilen des erfolgreich stabilisierten Instituts sukzessive wieder trennt. Die Reduzierung der Bundesbeteiligung an der Commerzbank ist ein Zeichen für die Stärke der Commerzbank und des Finanzstandorts Deutschland“, so Dr. Florian Toncar, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und Vorsitzender des zuständigen interministeriellen Lenkungsausschusses.

Die Commerzbank war im Zuge der Finanzmarktkrise 2008 in eine finanzielle Schieflage geraten und erhielt durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) zur Wahrung der Finanzmarktstabilität in den Jahren 2008 und 2009 Kapitalhilfen in Höhe von insgesamt 18,20 Mrd. Euro. Zurückgeführt wurden bisher rund 13,15 Mrd. Euro. Aktuell hält der Bund über den FMS noch eine Beteiligung von 16,49 % an der Commerzbank.

„Wir freuen uns zu sagen: Der Stabilisierungsgedanke war richtig. Die wirtschaftliche Situation der Bank hat sich seit 2021 stetig verbessert. Auf diese erfreuliche Entwicklung reagiert der Bund folgerichtig mit der Verringerung seines Anteils an der Commerzbank und dem Beginn des Ausstiegs. Durch das Engagement des Bundes in der Finanzmarktkrise konnte ein Dominoeffekt mit unvorhersehbaren gesamtwirtschaftlichen Folgen verhindert werden“, sagt Eva Grunwald, Geschäftsführerin der Finanzagentur des Bundes.

Über weitere Verkaufsschritte wird der interministerielle Lenkungsausschuss zu gegebener Zeit entscheiden.

BEI PUBLIZISTISCHER VERWERTUNG IST DIE QUELLE ANZUGEBEN.

GESCHÄFTSFÜHRUNG Dr. Tammo Diemer und Eva Grunwald SITZ DER GESELLSCHAFT Frankfurt am Main

ALLEINIGE GESELLSCHAFTERIN Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen

REGISTERGERICHT Amtsgericht Frankfurt/M. HRB 51411 DEUTSCHE BUNDESBANK IBAN DE03 5040 0000 0050 4089 90 BIC MARKDEFF

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Gesellschaft.



Nummer 7 vom 3. September 2024

Seite 2 von 2

HINWEIS AN DIE REDAKTIONEN:

Die Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH verantwortet die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Die Finanzagentur emittiert Bundeswertpapiere, tätigt Geldmarkt- und Derivategeschäfte und steuert damit das Schuldenportfolio sowie den Kapitalmarktauftritt. Dabei ist es ihre Aufgabe, die Haushalts- und Kassenfinanzierung des Bundes an den Finanzmärkten jederzeit sicherzustellen und unter Kosten- wie auch Risikoaspekten zu optimieren.

Seit 1. Januar 2018 verwaltet sie zudem den im Jahr 2008 zur Bewältigung der Finanzmarktkrise vom Bund gegründeten Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (FMS) und betreut die vom Fonds gehaltenen Beteiligungen. Auch der im März 2020 zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ins Leben gerufene Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) ist unter dem Dach der Finanzagentur angesiedelt. Von November 2022 bis Dezember 2023 diente der WSF auch zur Finanzierung von Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der Energiekrise.

Ferner ist sie mit der Trägerschaft der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) betraut, welche die Rechtsaufsicht über die nach Bundesrecht gegründeten Abwicklungsanstalten ausübt.